



Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt

Druck machen:

Für gerechte Politik - gegen soziale Kälte

Rede auf der zentralen Kundgebung der Gewerkschaften
am 06.11.2010 in Hannover

Hartmut Meine

IG Metall-Bezirksleiter für Niedersachsen und Sachsen-Anhalt

Es gilt das gesprochene Wort.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Tausende von euch haben sich schon heute Morgen in aller Frühe mit Bussen auf den Weg gemacht, um hier auf dem Opernplatz in Hannover ein Zeichen zu setzen. Ein Zeichen, dass wir uns wehren. Wehren gegen eine Politik zu Lasten der Allgemeinheit. Zu Lasten von Beschäftigten, Rentnern und Hartz IV-Empfängern. Unsere Botschaft an die Politik und Mächtigen in dieser Gesellschaft lautet: Schaut her, wir lassen uns nicht alles gefallen! Wir machen Druck: Für eine gerechte Politik und gegen eine Politik der sozialen Kälte!

Wir sagen den Mächtigen in der Wirtschaft, den Hedge-Fonds, den Banken, den Milliardären in diesem Land, ihnen allen sagen wir: Nicht wir waren es, sondern ihr habt die Wirtschaftskrise herbeigeführt. Wir haben euch mit unserem Geld aus der Patsche geholfen! Unsere Steuergelder haben euch gerettet. Und was macht ihr Finanzjongleure in der Wallstreet und in Frankfurt? Ihr macht weiter wie bisher!

Den Mächtigen in Wirtschaft und Politik sagen wir, hier auf dem Opernplatz in Hannover: Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sind nicht mehr bereit, dieses Spiel mitzuspielen. Wir lassen nicht zu, dass ihr die nächste Krise herbeijongliert und wir wieder die Zeche zahlen. Euch Finanzspekulanten in Deutschland und in der Welt muss endlich das Handwerk gelegt werden!

Deshalb fordere ich CDU und FDP auf: Schmieren sie nicht länger Hoteliers mit Millionengeschenken, sondern regulieren sie die Finanzmärkte. Sorgen Sie dafür, dass die Milliardäre, die Arbeitgeber, die Banken und die Fondsgesellschaften in ihrer Macht demokratisch beschnitten werden. Wir fordern mehr Regulierung, mehr Mitbestimmung der Beschäftigten, der Betriebsräte und der Gewerkschaften. Wir fordern mehr Wirtschaftsdemokratie und einen Staat, der sich für das Allgemeinwohl und nicht für Interessengruppen der Wirtschaft einsetzt. Beenden Sie endlich ihre Klientelpolitik zu Lasten der Schwachen in dieser Gesellschaft.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
es gibt ein Thema, das viele von uns hier auf dem Platz seit vielen Jahren besonders empört. Es ist die von Schwarz-Rot eingeführte „Rente mit 67“. Um es erneut und unmissverständlich zu formulieren: Wer für die Rente mit 67 eintritt, hat von der Praxis in den Betrieben und Verwaltungen so viel Ahnung wie eine Schildkröte vom Stabhochsprung.

Weder eine Krankenschwester noch ein Schichtarbeiter bei Volkswagen kann die Arbeit bis zum 63. oder bis zum 65. und schon gar nicht bis zum 67. Lebensjahr durchhalten. Wer etwas anderes behauptet, verschließt die Augen vor den Arbeitsbelastungen dieser Menschen. Wer etwas anderes behauptet, vertritt in Wahrheit ein gigantisches Rentenkürzungsprogramm.

Wir begrüßen, dass die SPD mittlerweile ihre Position überdacht hat und die Politik des ehemaligen Arbeitsministers und SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering zurücknimmt. Wir begrüßen die korrigierte Position, die die SPD unter Sigmar Gabriel eingenommen hat, auch wenn sie noch zu kurz greift.

Was wir aber nicht akzeptieren, ist, dass die jetzige CDU/FDP-Regierung trotz der gesetzlich verankerten Gesetzesüberprüfung die Rente mit 67 durchpeitscht. Sie ignoriert die Praxis in den Betrieben und vertritt menschenunwürdige Positionen. So erklärte die Arbeitsministerin im April diesen Jahres: „Ob Dachdecker oder Bäcker, niemand muss mit 66 noch genau dasselbe machen, was er mit 16 gelernt hat. Wer Berufserfahrung hat, kann zum Beispiel Büroarbeit übernehmen oder irgendwie anders eingesetzt werden.“

Dieser absurde Vorschlag der Ministerin von der Leyen zeigt, wie hilflos der selbsternannte Medienstar agiert.

Ein Beispiel aus der Praxis zeigt das: Ich war vor einiger Zeit im Grobblechwerk der Salzgitter AG in Ilsenburg. Dort sind 800 Kolleginnen und Kollegen beschäftigt, davon 700 in vollkontinuierlicher 3-Schicht-Arbeit im Warmbetrieb. Und wenn diese 700 Kolleginnen und Kollegen am Ende eines Arbeitslebens nicht mehr können, sollen sie nach den Plänen der Ministerin im Büro arbeiten. Die Verwaltung würde also kontinuierlich durch ausgepowerte Schichtarbeiter vergrößert. Das ist absurd! Wie soll das gehen?

Ich fordere an dieser Stelle die Ministerin von der Leyen auf, gehen Sie in die Betriebe, gehen Sie ins Krankenhaus und schauen Sie sich an, wie dort gearbeitet wird. Machen Sie mehrere Betriebspraktika im Altenheim, auf dem Bau und dann im Stahlwerk. Dann können Sie auch endlich die Wirklichkeit in den Betrieben beurteilen. Hören Sie endlich auf, uns zu erklären, dass wir bis 67 arbeiten können!

An die Adresse der Politiker von CDU und FDP sage ich: Begreifen Sie endlich, dass Ihre Pläne zur Rente mit 67 nicht durchsetzbar sind. Wir stellen uns quer, wir wollen, dass alle Beschäftigten am Ende eines langen Arbeitslebens gesund in Rente gehen können und eine auskömmliche Rente erhalten. Wir werden niemals akzeptieren, dass Teile der Menschen nach ihrem Berufsleben direkt in die Altersarmut rutschen.

Wir fordern einen neuen solidarischen Generationenvertrag. Ein Rentensystem, in das alle, auch Selbstständige, auch Politiker - auch Frau von der Leyen - einzahlen. Es gibt auch in einer älter werdenden Gesellschaft Alternativen. Auch dafür, liebe Kolleginnen und Kollegen, stehen wir heute hier und machen der CDU/FDP-Regierung Druck.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
die Rente mit 67 betrifft auch die jungen Menschen. Denn wenn alle länger arbeiten, verringern sich die Chancen für junge Menschen, einen Arbeitsplatz zu finden. Wir haben immer noch in Niedersachsen rund 17.800 Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz gefunden haben und rund 34.000 junge Menschen, die arbeitslos sind. Viele der Auszubildenden werden nach der Ausbildung nicht übernommen. Tausende von jungen Menschen geraten dann in einen Strudel von Arbeitslosigkeit, Leiharbeit und befristeter Arbeit. Nur in wenigen Unternehmen ist es den Gewerkschaften bisher gelungen, die unbefristete Übernahme der Auszubildenden zu vereinbaren. Dass es möglich ist, zeigt das Beispiel Volkswagen. Dort haben wir tarifvertraglich geregelt, dass Volkswagen jedes Jahr 1.250 Auszubildende einstellt und nach der Ausbildung in ein unbefristetes Vollzeitverhältnis übernimmt.

So, Kolleginnen und Kollegen, stellen wir uns die Ausbildung in allen Betrieben und in allen Verwaltungen vor. Die junge Generation, die jungen Menschen hier auf dem Platz, die jungen Menschen in den Betrieben und Verwaltungen haben eine Chance verdient, eine Zukunft ohne Leiharbeit, ohne befristete Arbeit, ohne Arbeitslosigkeit.

An die Adresse der Arbeitgeber sage ich hier: Werden Sie endlich Ihrer Verantwortung gerecht.

Erstens, schaffen Sie mehr Ausbildungsplätze!

Zweitens, vereinbaren Sie mit den Gewerkschaften Tarifverträge für die unbefristete Übernahme der Auszubildenden.

Drittens, übernehmen Sie die Leiharbeiter und befristet Beschäftigte in Ihrem Unternehmen in ein unbefristetes Vollzeitverhältnis.

Viertens fordere ich Sie auf, nicht nur in Sonntagsreden, sondern in der Praxis auf Qualifizierung und Weiterbildung zu setzen.

Wir werden die Unternehmen mit diesen Forderungen vor uns hertreiben und jeden, der das Wort Fachkräftemangel in den Mund nimmt, damit konfrontieren. Lasst uns gemeinsam für die Zukunftsperspektiven der jungen Generation streiten!

Dies, liebe Kolleginnen und Kollegen, gilt im besonderen Maße für Leiharbeit, denn ein Großteil der Leiharbeiter ist jung. Viele junge Menschen wurden zum Start ihres Berufslebens in die Leiharbeit abgedrängt.

Etliche Unternehmen setzen gezielt darauf, mit Leiharbeit eine Zweiklassengesellschaft im Betrieb einzuführen. Auf der einen Seite steht die gut bezahlte Stammbesetzung und auf der anderen Seite die schlecht bezahlten Leiharbeiter. Jetzt, wo es wieder aufwärts geht, stellen die Unternehmen wieder verstärkt ein, aber fast ausschließlich Leiharbeiter. Sie setzen damit klar auf eine Billiglohnstrategie. Das werden wir niemals akzeptieren!

Wir sagen: „Leiharbeit muss begrenzt und fair gestaltet werden. Für Leiharbeiter muss der alte gewerkschaftliche Grundsatz gelten: Gleiches Geld für gleiche Arbeit.“ Wenn wir Leiharbeit schon nicht verhindern können, müssen wir sie begrenzen. Sie darf nicht zum Lohdumping missbraucht werden, sondern zur Abarbeitung von Auftragsspitzen und in dieser Zeit müssen die Leiharbeiter das gleiche Geld bekommen wie die Stammbeslegschaft.

Und auch hier ist mal wieder die Politik gefordert. Arbeitsministerin von der Leyen muss endlich handeln. Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz muss grundlegend geändert werden und zwar zum Vorteil von der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiternehmer.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
heute finden in Niedersachsen zwei große Demonstrationen statt, hier in Hannover und zur selben Zeit im Wendland. Wir arbeiten eng mit den Bürgerinitiativen im Wendland zusammen und sind uns einig in unseren Zielen: Wir sagen gemeinsam: „Am Ausstieg aus der Atomtechnologie darf nicht gerüttelt werden. In Gorleben darf es kein Endlager für Atommüll geben.“

Wir haben mit den Initiativen im Wendland verabredet, dass wir gemeinsam an zwei Orten gegen den Castor, gegen die Atompolitik, gegen ein Endlager in Gorleben demonstrieren. Deswegen wird heute ein Mitglied des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes auf der Kundgebung im Wendland reden, unsere Kollegin Annelie Buntenbach. Gleichzeitig haben wir einen prominenten Vertreter der Anti-Atom-Bewegung aus Gorleben hier zu uns auf den

Opernplatz eingeladen. Ich begrüße ganz herzlich Wolfgang Eisenberg, der nachher auch zu uns sprechen wird.

Lieber Wolfgang, es ist toll, dass du aus dem Wendland zu uns gekommen bist. Nimm bitte die Grüße der niedersächsischen Gewerkschaften mit und sage den Leuten im Wendland, wir stehen hinter euch, wir stehen für einen zügigen Ausstieg aus der Atomenergie.

Kolleginnen und Kollegen,
lasst mich für die IG Metall erklären: Die Atomtechnologie ist eine veraltete und rückwärtsgewandte Technologie, aus der man so schnell wie möglich aussteigen muss. Die Alternative liegt in regenerativen Energien, wir sagen: Sonne und Wind statt Atom!

Die CDU/FDP-Regierungen in Berlin und Hannover müssen endlich einsehen, dass wir es uns nicht gefallen lassen, zum Atomklo der Republik zu werden. Niedersachsen braucht Windenergie und Solaranlagen, Niedersachsen braucht keine Endlager in Gorleben, in der Asse und im Schacht Konrad. Vor 30 Jahren sind die Bauern aus dem Wendland in einem großen Treck nach Hannover gekommen. Damals ging es um eine Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben.

Der damalige niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht hat nach langjährigen Protesten einen richtigen Satz gesagt:
„Eine Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben ist politisch nicht durchsetzbar.“

Wir werden, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Atomkraftgegner, so lange demonstrieren, bis auch Frau Merkel und Herr McAllister den Satz

sagen werden: „Ein Endlager in Gorleben ist politisch nicht durchsetzbar, die Erkundungsarbeiten werden eingestellt.“

Ansonsten gilt für Angela Merkel und David McAllister: Wer für längere Laufzeiten von Atomkraftwerken ist, riskiert kürzere Laufzeiten für Politikerinnen und Politiker.

Wir machen Dampf, heute hier in Hannover und im Wendland, Gewerkschaften und Atomkraftgegner stehen heute Hand in Hand gegen die CDU- und FDP-geführten Regierungen in Berlin und Hannover.

Unsere Perspektive heißt:

Wind und Sonne statt Atom. Für gerechte Politik und gegen soziale Kälte!

Herzlichen Dank für eure Aufmerksamkeit.